

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Soban & Comp., Nr. 1206

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Edl. Gumbel, Dresden,
Soban & Comp., S. G. m. b. H.,
Soban & Comp., S. G. m. b. H.,
Soban & Comp., S. G. m. b. H.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Eilsendungen irgendwelcher Art ist es durch oder ohne Einschub höherer Stellen, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung seinen Anstand auf Rückberufung des Besizeres oder auf Rücklieferung der Sendung.

Abendausgabe einschließlich Postgebühren mit der täglichen Unterhaltungsbeilage (Soban, Wollen, Kunst, Unterhaltend, Sport und Zeit) monatlich 2,40 M., halbjährlich 12,00 M., vierteljährlich 6,00 M.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weitzmannstr. 10, Dresden Nr. 1206. Sonntags nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verantwortlich: Weitzmannstr. 10, Dresden Nr. 1206 und 1207.
Verlagspreis von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Einzelnummern, Grundpreise: die 30 mm breite Hauptausgabe 35 Pf., die 30 mm breite Postausgabe 20 Pf., für auswärtige Abnehmer 40 Pf., und 2,00 M. Familienausgaben, Stellen- und Mietpreise 40 Pf., Adress. Für Briefverteilung 10 Pf.

Nr. 193

Dresden, Sonnabend den 18. August 1928

30. Jahrg.

Das bestellte Panzerschiff

Die Uengste des Zentrums

Wie aus Kiel gemeldet wird, hat das Reichswehrministerium den Deutschen Werken in Kiel den Auftrag erteilt, das Panzerschiff A zu bauen. Es war vorausgesehen, daß sich das Reichswehrministerium beeilen würde, den Bau des Panzerkreuzers zu lassen. Wenn im Reichstag die Frage, ob der Panzerkreuzer gebaut werden soll, noch einmal zur Sprache kommt, so wird man sich darauf berufen, daß mit der Arbeit begonnen und deshalb an der ganzen Geschichte nichts mehr zu ändern sei. Diejenigen Parteien des Reichstags, die den ganzen Panzerkreuzerbau für einen großen Unfug halten, darf das nicht hindern, trotz alledem den Beschluß des vorigen Reichstags über den Panzerkreuzerbau wieder aufzuheben. Selbst wenn vom Reich alle Unkosten getragen werden, die durch den Neubeginn entstehen, so kommen wir noch immer billiger fort, als wenn das höchst überflüssige Spielzeug fertiggestellt wird.

Der Sturm, der durch den Kabinettsbeschluß über den Panzerkreuzerbau in der Sozialdemokratie entstanden ist, meint den Zentrumsleuten einige Angst eingeschüßt zu haben. Das führende Zentrumsorgan, die Germania, richtet am Freitagabend unter dem Titel Panzerschiffskrise? folgenden Appell an die Sozialdemokratische Partei:

„Es wird Sade der Sozialdemokratie selbst sein, zwischen dem nun einmal Geschehenen und den Aufgaben der Zukunft den notwendigen Ausgleich zu finden. Daraus allein kommt es nämlich an, und wir möchten annehmen, daß die sozialdemokratischen Parteiführer sich dieser Aufgabe bewußt sind. Die jetzige Reichsregierung und ihre politische Arbeit sollte die Basis vorbereiten, auf der mit festerer Bindung und mit festerem Zusammenhalt die Große Koalition zu gegenüber Zeit herbeizuführen war. Diese ist und bleibt nach Abzug aller heilen und unparlamentarischen Regierungsmöglichkeiten die Sozialdemokratie, die Sinn und Aufgabe des neuen Reichstages zu erfüllen erschöpft. Hinzu kommt noch, daß diesem Reichstag in Anbetracht der großen inneren und außenpolitischen Aufgaben, die vor uns liegen, die Verpflichtung auferlegt war, sich durch Stabilität der Führung und Festigkeit der Regierungsmehrheit eine der wesentlichsten Chancen erfolgreicher Arbeit zu verschaffen. Es sollte daher auch der Sozialdemokratie möglich sein, die Auseinandersetzung um den Panzerkreuzer auf jene Bedeutung zurückzuführen, die ihr in diesen größeren Zusammenhängen in Wirklichkeit zukommt.“

Der Zentrumsleuten wäre es freilich sehr peinlich, wenn sich herausstellte, daß eine Regierung der Großen Koalition nicht möglich ist. Das Zentrum möchte sehen, daß bei den Wahlen ein erheblicher Teil seiner Arbeiter zur Sozialdemokratie abwandert, und es fürchtet, daß die Klucht der Arbeiter aus seinen Reihen einen noch größeren Umfang annehmen würde, wenn das Zentrum wieder zum Partner eines Bürgerblocks werden müßte. Die Tatsache, daß man sich im Zentrum derartige Sorgen macht, müßte unsere Parteigenossen in dem Willen befestigen, in der Panzerkreuzerfrage nicht nachzugeben. Hat das Zentrum ein so starkes Interesse daran, daß die Sozialdemokratie in der Regierung bleibt, so möge es daraus die entsprechenden politischen Folgerungen ziehen. Die Sozialdemokratie hat nicht

den geringsten Grund, auf die Räte des Zentrums irgendwelche Rücksichten zu nehmen.

Parteiorganisationen und Panzerkreuzer

Hamburg, 17. August. (Eig. Draht.) Der Parteiaussschuß der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburg beschloß am Freitag mit der politischen Lage und der Frage, ob die Haltung der sozialdemokratischen Reichsminister zum Bau des Panzerkreuzers A Anlaß zu einer Regierungskrise geben könnte oder würde.

Der Parteiaussschuß trat mit 28 gegen 6 Stimmen dem Beschluß der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Mittwoch, dem 16. August 1928, bei, in dem beschlossen wird, daß die sozialdemokratischen Räte nicht die Möglichkeit gefunden haben, durch Abstimmung hier zum Ausdruck zu bringen, daß sie wie die gesamte Partei entschiedene Gegner des Baus des Panzerkreuzers A sind. Vor allem mißbilligt der Parteiaussschuß der Landesorganisation Hamburg die unumgängliche und unangebrachte Gite, mit der der Beschluß des Reichstages gefaßt wurde. Die sozialdemokratischen Minister hätten dafür wirken sollen, daß die Frage erst entschieden werden dürfe, nachdem den Parteien Gelegenheit gegeben wurde, in der durch die Reichstagswahl geschaffenen neuen Situation zu dieser unritterlichen Frage Stellung zu nehmen.

Der Parteiaussschuß erklärte gleichzeitig und entgegen den durchsichtigen Absichtserklärungen der kommunistischen und nationalsozialistischen Presse, daß er es für einen großen politischen Fehler halten würde, wenn die Panzerkreuzerangelegenheit zum Anlaß einer Regierungskrise genommen würde.

Das „Unrecht der sozialdemokratischen Minister“

Amsterdam, 17. August. (Eig. Draht.) Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie, Het Volk, bemerkt zu dem Beschluß der Reichsregierung, die Aufträge zum Bau des Panzerkreuzers A nunmehr zu vergeben, daß es, wenn auch formell nichts dagegen zu sagen sei, doch Dinge gebe, die man nicht tun darf. Das Volk für die Panzerkreuzer sei dem Reichstag durch die reaktionäre Regierung des bürgerlichen Blocks abgekauft worden, und die Wähler hätten die Verschleierung der endgültigen Entscheidung bis nach den Wahlen dahin aufgeschoben, daß bei einem Sturz der reaktionären Regierung der Kreuzer nicht gebaut würde. Wenn die Regierung daher auch formell hundertfach im Rechte sei, so blieben die sozialdemokratischen Minister doch im Unrecht. Nach dem ersten Zurückweichen in der Frage des 11. August hätten sie in einer Frage von weit größerer Bedeutung der Partei der Großen Koalition die Führung überlassen.

Eine gefährliche Geste

Paris, 18. August. (Eigener Funkspruch.) Die französischen Kommunisten benehmen die Panzerkreuzerfrage zu den gemeinsamen Schmähungen der Sozialdemokratie. Der sozialistische Populaire behauptet demgegenüber die Lage in längeren Ausführungen und schließt mit der Feststellung, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zur Vergabe der Aufträge für den Bau des Panzerkreuzers im gegenseitigen Augenblick eine gefährliche Geste sei. Sie gebe den gemeinsamen Gegnern in Frankreich zu neuer mißwilliger Kritik Anlaß.

Stresemann reist nach Paris

Die offizielle deutsche Antwort auf die Einladung Frankreichs zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ist dem französischen Botschafter in Berlin am Freitagabend überreicht worden. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird voraussichtlich am nächsten Sonnabend, dem 23. August, nach Paris abreisen.

Französischer Ministerrat

Paris, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Ministerrat ist zum 23. August telegraphisch einberufen worden. Dieser Schritt hat im politischen Kreise einige Überraschung hervorgerufen, da die nächste Sitzung des Ministerrates ursprünglich erst am 1. September in Compiegne auf dem Landshof Poincarés stattfinden sollte. Die frühere Zusammenberufung findet jedoch in der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes ihre gerechtfertigte Erklärung.

Nur die „Unterzeichnungsfeierlichkeiten“

Paris, 18. August. (Eig. Funkspruch.) Die in einem Teil der letzten Abendblätter geäußerten Vermutungen, daß die Einberufung des Ministerrates für den 23. August durch wichtige Entscheidungen begründet sei, die im Hinblick auf Verhandlungen während der Unterzeichnung des

Kellogg-Paktes gefaßt werden sollen, hat den amtlichen Stellen zu der Erklärung Anlaß gegeben, daß hieron nicht die Rede sein könne. Zweck des Ministerrates sei lediglich die Beratung des Programms der Unterzeichnungsfeierlichkeiten. Ein großer Teil der Morgenpresse ist auf den gleichen Ton gestimmt und anglich bestrebt, jede Möglichkeit von Verhandlungen abzutreiben, so man weiß, daß Staatssekretär Kellogg hierzu nicht geneigt ist und man die Räumungsfrage keineswegs mit der Unterzeichnung verbinden möchte. Inzwischen hat auch von dortherin niemand mit ersten Verhandlungen gerechnet. Dagegen wird ein privater Meinungsäußerer zwischen den Ministern wohl kaum ausbleiben. Auf diese Annahme ist die Einberufung des Ministerrates mit zurückzuführen.

Die offizielle Zusage Dr. Stresemanns auf die Einladung der französischen Regierung, an der Unterzeichnung teilzunehmen, traf gestern in Paris ein und wurde sofort im Quai d'Orsay bekanntgegeben. Die Wähler drücken heute morgen ihre Genehmigung über den Beschluß Dr. Stresemanns aus, der zunächst für den Parität der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich sei.

Die französische Seite der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit richtet an den Außenminister Briand eine Petition, in der die baldige Durchführung der Abrüstung gefordert wird. Das jetzige Verbot der Waffen und die Abgabe von neuen Katastrophen führen. Die logische Konsequenz des Kellogg-Paktes sei aber die Abrüstung. Richtig vermöge man an die Annehmlichkeit des Friedenswillens der Völkern, die die Abrüstung ablehnen, nicht mehr zu glauben.

Um die Krisenfürsorge

Von Erik Schröder

Genosse Aufhäuser hat in der Funktionärerversammlung der SPD, Groß-Dresden am Donnerstag scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung gerichtet, weil diese die Unterstüßungsdauer in der Krisenfürsorge nicht auf 30 Wochen verlängert hat, obgleich ein Reichstagsbeschluß vorliegt, der die Verlängerung der Unterstüßungsdauer fordert. Wie lassen hier einen Artikel des Genossen Erik Schröder folgen, der die gleiche Frage behandelt.

Der Reichstag hat vor seiner Vertagung unter Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einige Entschlüsse zur Neuordnung der Krisenfürsorge angenommen. Dieser Weg müßte beschritten werden, um so rasch als möglich gewisse Verbesserungen in der Krisenfürsorge durchzuführen, weil nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Regelung dieser Frage dem Reichsarbeitsminister bzw. der Reichsregierung obliegt.

Die im Reichsanzeiger vom 14. August inzwischen veröffentlichten Einzelheiten über die getroffene Neuordnung ergeben, daß in einem entscheidenden Punkte die vom Reichstag geforderten Maßnahmen unberücksichtigt geblieben sind. Der Reichstag hat verlangt, daß die Unterstüßungsdauer in der Krisenfürsorge allgemein von 26 auf 30 Wochen zu verlängern ist mit der Maßgabe, daß sie für Arbeitnehmer, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben, um weitere 13 Wochen bis zu einer Gesamtzahl von 52 Wochen ausgedehnt werden kann. In der getroffenen Neuordnung wird nur die Unterstüßungsdauer für die älteren Arbeitslosen verlängert, dagegen wird von einer allgemeinen Verlängerung auf 30 Wochen abgesehen. In der amtlichen Veröffentlichung wird einfach erklärt: „Ich behalte mir vor, die Söchtdauer auf 30 Wochen zu verlängern, wenn eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes dies erforderlich macht.“

Diese Verweigerung einer sofortigen Verlängerung der allgemeinen Unterstüßungsdauer auf 30 Wochen steht in schärfstem Widerspruch zu dem Beschluß des Reichstags. Gerade diese Frage hatte bereits im Reichstage zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Die Deutsche Volkspartei hatte einen Änderungsantrag eingebracht, der die allgemeine Verlängerung auf 30 Wochen verhindern wollte. Begründet wurde diese Ablehnung von dem Abgeordneten Dr. Pfeffer mit der eintretenden stärkeren finanziellen Belastung. Nach den amtlichen Erklärungen machte die Mehrbelastung dafür rund 45 Millionen Mark aus, von denen die Gemeinden 9 Millionen zu tragen hätten. Die Mehrheit des Reichstages hat diesen reaktionären Standpunkt der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister erklärte sich bereit, falls der Reichstag eine allgemeine Verlängerung auf 30 Wochen beschließen sollte, sich im Kabinett für die Durchführung dieses Beschlusses einzusetzen.

Es ist anzunehmen, daß der parteipolitische Wirtschaftsminister diesen ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion auch bei den Auseinandersetzungen innerhalb des Kabinetts vertreten hat. Die Mehrheit der Reichsregierung hat sich dann offensichtlich dieser ablehnenden Haltung angeschlossen, denn bereits in der Vorlage an den Verwaltungsrat der Reichsanstalt, der nach dem Gesetz zu hören ist, war eine allgemeine Verlängerung auf 30 Wochen nicht vorgesehen. Das führte zu lebhaften Auseinandersetzungen im Verwaltungsrat. Die Mehrheit forderte die Durchführung des Reichstagsbeschlusses. Auch der Reichstag forderte in diesem Punkt eine Verbesserung, wenigstens für die Bezirke, in denen ein außergewöhnlicher Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Auch das blieb unberücksichtigt.

Die Forderung der Gewerkschaften auf Durchführung des Reichstagsbeschlusses anlässlich der Beratungen im Verwaltungsrat fand bei dem Reichsarbeitsminister „volles Verständnis“, wie sich aus dem Brief an die Spitzenorganisationen ergibt. Es heißt da: „Ich habe für diesen Standpunkt der Gewerkschaften volles Verständnis. Es ist mir selbst sehr schmerzhaft, daß die Reichsregierung aus zwingenden sachlichen wie insbesondere auch finanziellen Gründen genötigt war, die Ausführung dieser Beschlüsse in einem wesentlichen Punkte bis zum Herbst zu verschieben.“

Es muß verlangt werden, daß der Beschluß des Reichstags auch in diesem Punkt unverzüglich durchgeführt wird. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme ergibt sich auch aus der schlechten Lage des Arbeitsmarktes. Diese wird offensichtlich besser hingestellt, als sie es in Wirklichkeit ist. Der falsche Eindruck wird nicht zuletzt durch die laufenden amtlichen Veröffentlichungen über die Zahl der Unterstüßungsenempfänger erweckt. In der Öffentlichkeit ist man nur allzu leicht geneigt, aus dieser Zahl Rückschlüsse auf die Lage des Arbeitsmarktes zu ziehen. Das ist jedoch falsch. Die bei diesen Ausweisen immer wieder gemeldeten Rückgänge in der Zahl der Unterstüßungsbezieher sind nicht darauf zurückzuführen, daß die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einbezogen werden konnten, sondern der Rückgang ist zum allergrößten Teil die Folge des Ablaufs des Unterstüßungsanspruches.

Daraus erklärt sich auch, daß nach den letzten amtlichen Ausweisen die Zahl der Arbeitsjudenden nur um 4,6 Prozent